

CHRISTINA LORENZ

# Akzeptanzmodelle

*Schriften zum  
Infrastrukturrecht  
25*

---

**Mohr Siebeck**

# Schriften zum Infrastrukturrecht

herausgegeben von

Wolfgang Durner und Martin Kment

25





Christina Lorenz

# Akzeptanzmodelle

Eine rechtliche Analyse im Bereich  
erneuerbarer Energien

Mohr Siebeck

*Christina Lorenz*, geboren 1984; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität München und der Université Panthéon Assas in Paris (Maîtrise en droit); Rechtsreferendariat am Oberlandesgericht München mit einer Station an der Deutschen Botschaft in Paris; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht, Umweltrecht und Planungsrecht der Universität Augsburg; seit 2017 Rechtsanwältin.

Zugl.: Augsburg, Univ. Diss., 2020

ISBN 978-3-16-160266-5 / eISBN 978-3-16-160267-2

DOI 10.1628/978-3-16-160267-2

ISSN 2195-5689 / eISSN 2569-4456 (Schriften zum Infrastrukturrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Für meine Eltern, meine Schwester und meinen Ehemann



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist im Sommersemester 2020 von der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg als Dissertation angenommen worden. Rechtsprechung und Literatur befinden sich im Wesentlichen auf dem Stand von Mai 2021.

Besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Martin Kment, für den entscheidenden Anstoß zur Bearbeitung des Themas, die ausgezeichnete Betreuung, den gewährten Freiraum bei der Ausgestaltung, den wertvollen fachlichen Austausch, die zügige Anfertigung des Erstgutachtens sowie die wissenschaftliche Tätigkeit am Lehrstuhl, in der ich mich menschlich und fachlich weiterentwickeln durfte.

Weiterer Dank gebührt Herrn Prof. Dr. Ulrich Gassner für das Interesse an meiner Arbeit und die rasche Erstellung des Zweitgutachtens sowie Herrn Prof. Dr. Wolfgang Durner für die Aufnahme in die Schriftenreihe.

Darüber hinaus möchte ich mich beim gesamten Lehrstuhlteam für die sehr gute und angenehme Zusammenarbeit sowie die anregenden Diskussionen bedanken.

Mein Dank gilt zudem meinem Schwiegervater Hubert Lorenz für das umsichtige Korrekturlesen des Manuskripts meiner Arbeit.

Von ganzem Herzen danke ich schließlich meinem Ehemann Philippe, meinen Eltern und meiner Schwester Katharina für die permanente und bedingungslose Unterstützung. Danke, dass Ihr stets auf meine Fähigkeiten und Kenntnisse vertraut habt.

München, im Mai 2021

Christina Lorenz





# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
--------------	-----

Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
-----------------------------	-----

## Erster Teil: Thematische Hinführung

§ 1 Problemaufriss – oder: Die fortwährende Suche nach Akzeptanz .....	1
I. Realisierung der Energiewende im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher und lokaler Akzeptanz .....	1
II. Anstreben von Akzeptanzsteigerung als Lösungsmöglichkeit .....	7
§ 2 Ziel und Gang der Untersuchung.....	10
I. Optimierung bestehender Akzeptanzansätze .....	10
II. Konkrete Vorgehensweise der Untersuchung .....	11

## Zweiter Teil: Akzeptanzbegriff und seine Bedeutung im Bereich erneuerbarer Energien

§ 3 Bestimmung und Herleitung eines Akzeptanzverständnisses .....	15
I. Akzeptanz im allgemeinen Sprachgebrauch .....	15
II. Akzeptanz aus soziologischer Sicht.....	16
1. Definition nach Endrweit.....	16
2. Definitionsvorschlag von Lucke .....	17
III. Akzeptanz im umweltpsychologischen Sinn .....	20
IV. Akzeptanz im juristischen Sinn .....	21
1. Rechtsdogmatische Verortung von Akzeptanz.....	22
2. Rechtliche Zielsetzungen.....	25
3. Bestehende juristische Akzeptanzansätze .....	27

a)	Rechtssoziologische Ansatzpunkte .....	27
b)	Rechtspsychologische Herangehensweise.....	31
c)	Justizielle Begriffsbestimmung .....	32
4.	Novellierter Ansatz.....	32
a)	Schaffung von „optimierender“ Akzeptanz bzw. einer Akzeptanzsteigerung .....	34
b)	Zusammenspiel von Verfahrens- und Ergebnis-Akzeptanz...	36
c)	Kein Anspruch auf akzeptanzfähige Entscheidung.....	40
d)	Akzeptanzskala .....	42
e)	Akzeptanzsteigerung als Ziel .....	45
§ 4 Relevante Kriterien für die angestrebte Akzeptanzsteigerung .....		47
I.	Potentielle Konfliktfelder .....	47
1.	Störpotential des Vorhabens selbst .....	48
2.	Ökologische Beeinträchtigungen .....	50
3.	Ökonomische Aspekte .....	51
4.	Verfahrensrechtliche Partizipationsdefizite.....	53
5.	Ideologische Kriterien .....	58
II.	Akzeptanzfördernde Faktoren: Akzeptanzparameter .....	60
1.	Glaubwürdigkeit und Vertrauen in das Projekt .....	60
2.	Angemessene/Ausgewogene Standortwahl .....	62
3.	Frühzeitige Einbeziehung in den Planungs- und Zulassungsprozess .....	64
a)	Akzeptanzeffektivität einer Öffentlichkeitsbeteiligung .....	64
b)	Forderung nach frühzeitiger Einflussnahme .....	68
c)	Entwickelte Vorschläge zur einer qualitativ verbesserten Öffentlichkeitsbeteiligung.....	71
aa)	Ausweitung kommunikativer und informatorischer Elemente.....	71
bb)	Bereits erfolgter Niederschlag im geltenden Recht .....	74
4.	Akzeptanzsteigernde Charakteristika von umweltrelevanten Vorhaben.....	75
5.	Regionale und kommunale Wertschöpfung bzw. direkte finanzielle Partizipation.....	78
6.	Stärkere Einbindung der Gemeinden vor Ort .....	82
III.	Relevanzbestimmung einzelner Kriterien.....	84
IV.	Juristisch notwendige Verobjektivierung der einzelnen Kriterien...	86
1.	Beeinträchtigung der Landschaft .....	86
2.	Unzureichende Standortprüfung .....	89
3.	Gesundheitsbeeinträchtigende Nachteile.....	89
4.	Optisch bedrängende Wirkung.....	90
5.	Ideologische Kriterien .....	91
6.	Fazit .....	91

§ 5 Akzeptanzsteigerung bei unterschiedlichen Akteuren.....	92
I. Die Bevölkerung als potentieller Adressat einer angestrebten Akzeptanzsteigerung.....	92
1. Räumliche Betroffenheit durch das Vorhaben selbst.....	93
2. Rechtliche bzw. interessensbasierte Betroffenheit durch die Zulassungsentscheidung .....	94
3. Rein emotionale Betroffenheit.....	97
II. Die Gemeinden als potentielle Akzeptanzsubjekte .....	99
III. Erforderliche Akzeptanzsteigerung bei anerkannten Umweltvereinigungen.....	102
IV. Resümee .....	106

### Dritter Teil: Entwicklung eines integralen Gesamtkonzepts zur Akzeptanzsteigerung

§ 6 Ausgangspunkt: Ausgewählte Strategien zur Akzeptanzsteigerung.....	107
I. Kommunalisierung eines umweltrelevanten Vorhabens .....	108
1. Anlass und Ziel der Kommunalisierung.....	108
2. Gestaltungsvarianten von gemeindeinternen Projekten.....	109
II. Wirtschaftliche Partizipation an einem Vorhaben eines privaten Dritten.....	111
1. Beispiel eines gesellschaftsrechtlichen Beteiligungsmodells... ..	112
2. Rein finanzielle Beteiligung als Alternative.....	115
3. Länderöffnungsklausel des § 36g Abs. 5 EEG 2021 .....	116
III. Festsetzung pauschaler Siedlungsabstände.....	116
1. Fachrechtliche Abstandsgebote.....	117
a) Trennungsgrundsatz des § 50 BImSchG .....	117
b) Abstandserfordernisse auf Basis von TA Lärm-Richtwerten sowie des baurechtlichen Rücksichtnahmegebots .....	118
c) Landesplanerische Abstandsvorgaben.....	118
2. Länderöffnungsklausel gemäß § 249 Abs. 3 BauGB a.F. ....	120
a) Umsetzung der Länderöffnungsklausel in Bayern.....	122
b) Verfassungsmäßigkeit der bayerischen Normierung .....	122
IV. Neue Beteiligungsmöglichkeiten.....	126
1. Verfahrensübergreifende frühe Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 25 Abs. 3 VwVfG.....	126
a) Anwendung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung.....	128
b) Durchführung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung .....	131
c) Kreis der zu beteiligenden Personen .....	132
d) Unterrichtung der betroffenen Öffentlichkeit.....	132
e) Verfahrensdurchführung als solche.....	133

f) Folgen von Verstößen gegen § 25 Abs. 3 VwVfG.....	135
g) Weitergehende Umsetzung in Baden-Württemberg .....	135
2. Bedarfserörterungsverfahren.....	136
3. Einschaltung eines privaten Dritten .....	139
a) Projektmanager nach § 29 NABEG bzw. § 43g EnWG.....	139
b) Instrument der Umweltmediation .....	144
aa) Allgemein entwickelte Grundzüge einer Mediation.....	145
bb) Umweltmediation nach § 4 UVwG-BW.....	153
4. Stärkung der plebiszitären Bürgerbeteiligung .....	155
a) Direkter Volksentscheid über das Projekt selbst .....	156
b) Unmittelbare Abstimmung über die Finanzierung des Projekts.....	161
V. Ausweitung bzw. Intensivierung der Alternativenprüfung.....	163
1. Grundzüge der planerischen Alternativenprüfung.....	164
2. Rechtliche Ansatzpunkte zur Akzeptanzförderung bei der Alternativenprüfung.....	165
a) Relativierung der Dominanz des Vorhabenträgers .....	165
b) Vernünftigkeitkriterium als allgemeiner Prüfungs- maßstab.....	167
3. Mögliche Berücksichtigung der sog. Null-Variante .....	170
 § 7 Entwicklung eines Drei-Phasen-Konzepts zur Akzeptanzsteigerung.....	173
A. Grundzüge des Drei-Phasen-Konzepts .....	173
I. Kombinierte Umsetzung .....	173
II. Die drei Phasen des Konzepts im Einzelnen.....	176
1. Erste Phase: Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung .....	176
2. Zweite Phase: Externer Projektinformationsmanager.....	178
a) Verfahrens- und projektbegleitendes Instrument.....	178
b) Umsetzung als grundsätzlich einvernehmliche Beauf- tragung.....	180
3. Dritte Phase: Wirtschaftliche Partizipation am Vorhaben .....	181
a) Materielles Element nach Abschluss des Verfahrens .....	181
b) Ausgestaltung als ultima ratio.....	182
c) Anordnung einer Nebenbestimmung zur wirtschaftlichen Partizipation.....	183
B. Erfüllung der einzelnen Akzeptanzparameter durch das Drei-Phasen- Konzept.....	184
I. Konkrete Ansprache der jeweiligen akzeptanzfördernden Faktoren.....	184
1. Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung .....	184
2. Externer Projektinformationsmanager .....	189
3. Wirtschaftliche Partizipation .....	192
II. Abgrenzung zu „nicht relevanten“ Gestaltungsmöglichkeiten .....	195

1. Bedarfserörterungsverfahren.....	195
2. Pauschale Siedlungsabstände.....	197
3. Umweltmediation .....	198
4. Ausweitung und Intensivierung der Alternativenprüfung.....	202
5. Plebiszitäre Elemente .....	205
6. Kommunalisierung .....	206
§ 8 Rechtliche Bewertung des Drei-Phasen-Konzepts.....	208
A. Konkrete Verortung und gesetzliche Ausgestaltung der Neu- regelungen .....	208
I. Vorschlag einer normativen Umsetzung des Drei-Phasen- Konzepts .....	208
II. Eigenständiges Bundesgesetz.....	222
1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes .....	223
a) Recht der Energiewirtschaft als einschlägiger Kompetenztitel .....	223
b) Erfordernis einer bundeseinheitlichen Regelung.....	225
c) Keine Sperrwirkung aufgrund des § 36g Abs. 5 EEG 2021 .....	227
d) Keine Einschlägigkeit von boden- und raumordnungsrechtlichen Kompetenztiteln .....	229
2. Keine Anwendbarkeit des Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG .....	230
III. Implementierung des Drei-Phasen-Konzepts auf Zulassungsebene.....	232
1. Akzeptanzsteigerungspotential der vorhabenbezogenen Entscheidungsstufe .....	233
2. Eigenständiges Verfahren der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung.....	238
3. Integration der einzelnen Phasen in das jeweilige Zulassungsverfahren .....	240
B. Allgemeine Vorschriften .....	241
1. Gesetzesziele .....	241
2. Sachlicher Anwendungsbereich .....	245
a) Erfasste Vorhabenarten.....	245
b) Beschränkung auf planfeststellungspflichtige und UVP-pflichtige Vorhaben .....	247
3. Begriffsbestimmungen.....	248
a) Betroffene Öffentlichkeit.....	249
b) Offerte.....	250
c) Vorhabenträger.....	251
d) Zuständige Behörde.....	253
C. Rechtliche Würdigung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung.....	253

I.	Kritische Analyse der aktuellen Regelung des § 25 Abs. 3 VwVfG .....	254
II.	Anpassungs- und Erweiterungsvorschläge .....	258
	1. Eindeutiger Anwendungsbereich .....	258
	2. Ausgestaltung als Verpflichtung des Vorhabenträgers .....	258
	a) Rechtlich und tatsächlich zulässige Begründung einer Durchführungsverpflichtung .....	259
	b) Adressat der Verpflichtung .....	263
	c) Zeitpunkt .....	264
	d) Kreis der zu beteiligenden Personen .....	265
	e) Bekanntmachung .....	267
	f) Verfahrensdurchführung als solche .....	267
	aa) Unterrichtung der betroffenen Öffentlichkeit.....	268
	bb) Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.....	271
	g) Organisations- und Leitungsverantwortung .....	273
	h) Fazit .....	275
	3. Dokumentationspflicht .....	275
	4. Mitteilung der Ergebnisse.....	279
	5. Transferwirkung der Erkenntnisse .....	279
	6. Keine Subsidiarität .....	281
	7. Unberührtheitsklausel .....	282
	8. Folgen von Verstößen.....	283
	a) Behandlung als vorläufiger Antrag .....	283
	b) Möglichkeit der Nachholung .....	284
	9. Kostentragung .....	285
	10. Resümee .....	285
D.	Rechtliche Gesichtspunkte eines verfahrensbegleitenden Projektinformationsmanagements .....	286
	I. Kritik an der gegenwärtigen Ausgestaltung des Projekt- managements .....	287
	II. Ansatzpunkte für ein verfahrensbegleitendes Projektinformationsmanagement.....	288
	1. Funktion und Ausrichtung .....	289
	a) Integraler Bestandteil des Drei-Phasen-Konzepts .....	289
	b) Hybrid-Stellung des externen Projektinformations- managers.....	291
	2. Anwendungsbereich .....	292
	a) Allgemeines.....	292
	b) Unberührtheitsklausel.....	293
	3. Einsetzung eines externen Projektinformationsmanagers .....	294
	a) Einvernehmliche Beauftragung.....	294
	b) Rechtliche Grundlagen der Beauftragung .....	295
	c) Bekanntmachung des Einsatzes .....	297
	4. Aufgabenspektrum.....	297

a) Information und Kommunikation als Daueraufgabe.....	298
b) Keine Übertragung hoheitlicher Befugnisse .....	302
c) Fazit .....	303
5. Kostentragungsregelung .....	303
6. Resümee .....	304
E. Rechtliche Analyse der wirtschaftlichen Beteiligung an umwelt- relevanten Vorhaben .....	305
I. Kritische Einschätzung des BüGembeteilG M-V.....	305
II. Optimierungs- und Neuerungsansätze .....	308
1. Allgemeine ausgestaltungsbezogene Nezesstität der Anpassungen .....	308
2. Konkreter Ausgestaltungsvorschlag.....	310
a) Ultima ratio-Maßstab.....	310
b) Einschränkung des berechtigten Personenkreises .....	311
c) Umsetzung als Nebenbestimmung .....	312
3. Rechtliche Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Partizipation .....	313
a) Anforderungen an die Projektgesellschaft.....	313
b) Beteiligungsumfang und -zeitpunkt .....	318
c) Kreis der Kaufberechtigten.....	321
d) Kaufpreis und Stückelung der Anteile .....	325
e) Bekanntmachung und Inhalt der Offerte .....	329
f) Anteilszeichnung und Zuteilungsverfahren .....	332
III. Grundrechtskonformität der modifizierten Wertschöpfungspartizipationsmöglichkeit.....	335
1. Vereinbarkeit mit Art. 14 GG.....	335
a) Prüfungsmaßstab .....	335
b) Eingriff in den Schutzbereich der Eigentumsfreiheit .....	336
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung.....	338
aa) Verfassungslegitimität des Eingriffsziels.....	338
bb) Geeignetheit.....	339
cc) Erforderlichkeit .....	342
dd) Angemessenheit.....	345
ee) Resümee.....	348
2. Keine Beeinträchtigung von Art. 12 Abs. 1 GG.....	348
3. Gleichheitsgrundsatz aus Art. 3 Abs. 1 GG.....	352
a) Zulässige Ungleichbehandlung hinsichtlich der erfassten Vorhabenarten.....	353
aa) Im Wesentlichen vergleichbare Gegenstände .....	353
bb) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung.....	353
b) Kein Gleichheitsverstoß hinsichtlich des Kreises privilegierter Erwerber.....	356
4. Fazit .....	358
IV. Unionsrechtsrechtliche Vereinbarkeit .....	358



1. Niederlassungsfreiheit gemäß Art. 49 AEUV .....	358
2. Kapitalverkehrsfreiheit gemäß Art. 63 AEUV .....	362
3. Resümee .....	364
V. Besonderheiten eines kommunalen Vorhabenträgers.....	364
1. Vereinbarkeit mit Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG.....	364
a) Inhaltliche Gewährleistung .....	365
b) Beschränkung der eigenverantwortlichen Aufgaben- erfüllung .....	366
c) Verbleib ausreichender organisatorischer Spielräume .....	368
d) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.....	370
e) Resümee .....	371
2. Kommunalwirtschaftliche Zulässigkeit.....	371
a) Erfordernis eines öffentlichen Zwecks.....	372
b) Wahrung des Leistungsfähigkeitsprinzips.....	375
c) Subsidiarität der kommunalen Wirtschaftstätigkeit.....	377
d) Berücksichtigung gesellschaftsrechtlicher Grundlagen .....	379
e) Minderheitsbeteiligung der Anliegerkommune(n) sowie der Standortgemeinde .....	382
3. Keine Möglichkeit der bauplanungsrechtlichen Standort- sicherung für kommunale umweltrelevante Vorhaben .....	383
4. Fazit .....	386
F. Sonstige Bestimmungen.....	386
1. Aufgabenzuweisungs- und Befugnisnorm.....	387
2. Verordnungsermächtigung.....	388
3. Ordnungswidrigkeiten .....	388
4. Ausschluss der Abweichungsmöglichkeit.....	389
5. Übergangsregelung.....	393
 § 9 Auswirkungen des Gesetzesvorschlags auf die bestehende Regelungssystematik .....	 395
I. Fehlerfolgen.....	395
1. Zunehmende Verschiebung des Fokus weg von einer dienenden Funktion des Verwaltungsrechts .....	395
2. Konkrete Umsetzung durch den Gesetzesvorschlag .....	397
a) Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung als absolutes Verfahrensrecht.....	398
b) Relativität des externen Projektinformationsmanagers .....	401
c) Fehler beim Erlass der Nebenbestimmung bezüglich der wirtschaftlichen Partizipation.....	403
II. Rechtsschutzmöglichkeiten .....	403
1. Rechtsschutz der Drittbetroffenen.....	404
2. Rechtsschutzmöglichkeiten des Vorhabenträgers.....	406
3. Exkurs .....	407

III. Auslösung weiterer rechtlicher Änderungen..... 408

Vierter Teil:  
Zusammenfassung der Ergebnisse

Literaturverzeichnis..... 419

Sachregister..... 443



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
Abs.	Absatz
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378, 2396; 1994 I S. 2439), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.12.2020 (BGBl. I S. 2694)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung aufgrund des am 01.12.2009 in Kraft getretenen Vertrages von Lissabon (Konsolidierte Fassung bekanntgemacht im ABl. EG Nr. C 115 vom 09.05.2008, S. 7), zuletzt geändert durch die Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrages über die Europäische Union, des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. EU L 112/21 vom 24.04.2012) m.W.v. 01.07.2013
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz vom 06.09.1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert durch Artikel 7 Abs. 6 des Gesetzes vom 12.05.2021 (BGBl. I S. 990)
AllMBl.	Allgemeines Ministerialblatt
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Apf	Ausbildung – Prüfung – Fachpraxis (Zeitschrift)
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
Art.	Artikel
AsUmVG	Entwurf eines Gesetzes zur Akzeptanzsteigerung bei umweltrelevanten Vorhaben
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn/ Frankfurt am Main

BauGB	Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728)
BauNVO	Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)
BauR	Zeitschrift für Baurecht (Zeitschrift)
BayBO	Bayerische Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl. S. 588), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23.12.2020 (GVBl. S. 663)
BayGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 09.03.2021 (GVBl. S. 74)
BayGT	Bayerischer Gemeindetag (Zeitschrift)
BayGVBl.	Bayerisches Gesetz und Verordnungsblatt
BayImSchG	Bayerisches Immissionschutzgesetz vom 10.12.2019 (GVBl. S. 686, BayRS 2129-1-1-U), zuletzt geändert durch Art. 11a Abs. 1 des Gesetzes vom 10.12.2019 (GVBl. S. 686)
BayLT-Drs.	Drucksache des bayerischen Landtages
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter – Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18.12.2007 (GVBl. I, Nr. 19, S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18.12.2020 (GVBl. I, Nr. 38, S. 2)
BBPIG	Bundesbedarfsplangesetz vom 23.07.2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 298)
BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., Berlin
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin
BDI-Drs.	Drucksache des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V., Berlin
BDVR	Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen, Berlin
Begr.	Begründer
BerlVerf	Verfassung von Berlin vom 23.11.1995 (GVBl. S. 779), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17.12.2020 (GVBl. S. 1478)
BerlVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.01.2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12.05.2021 (BGBl. I S. 1082)
BGBL.	Bundesgesetzblatt

BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 09.12.2020 (BGBl. I S. 2873)
4. BImSchV	Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.05.2017 (BGBl. I S. 1440), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 12.01.2021 (BGBl. I S. 69)
9. BImSchV	Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.05.1992 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 11.11.2020 (BGBl. I S. 2428)
26. BImSchV	Sechszwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – Verordnung über elektromagnetische Felder in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.08.2013 (BGBl. I S. 3266)
BLJ	Bucerius Law Journal (Zeitschrift)
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (bis zur 18. WP noch Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie)
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306)
BNetzA	Bundesnetzagentur
BR-Drs. bspw.	Drucksache des Deutschen Bundesrates beispielsweise
BSWAG	Bundesschienenwegeausbaugesetz vom 15.11.1993 (BGBl. I S. 1874), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3221)
BT Ausschuss-Drs.	Drucksache eines Ausschusses des Deutschen Bundestages
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BüGembeteilG M-V	Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern vom 18.05.2016 (GVObI. M-V S. 258)
BV	Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.12.1998 (GVBl. S. 991, 992), zuletzt geändert durch Gesetze vom 11.11.2013 (GVBl. S. 638–642)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BW LT-Drs.	Drucksache des Landtages von Baden-Württemberg

BW-V	Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11.11.1953 (GBl. S. 173), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26.05.2020 (GBl. S. 305)
BWE	Bundesverband WindEnergie e.V., Berlin
BWGZ	Die Gemeinde, Verbandszeitschrift des Gemeindetages von Baden-Württemberg (Zeitschrift)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
C.A.R.M.E.N.	Centrales Agrar-Rohstoff Marketing und Energie-Netzwerk e.V., Straubing
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
cm	Zentimeter
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
Die Verwaltung	Die Verwaltung (Zeitschrift)
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Berlin
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
Dr.s., DS	Drucksache
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin
DUH	Deutsche Umwelthilfe e.V., Berlin
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis (Zeitschrift)
e.V.	eingetragener Verein
EE	Erneuerbare Energien
EEG 2017	Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21.07.2014 (BGBl. I S. 1066) in der Fassung vom 22.12.2016 (BGBl. I S. 3106)
EEG 2021	Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21.07.2014 (BGBl. I S. 1066), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2020 (BGBl. I S. 3138)
EG	Europäische Gemeinschaft
eG	eingetragene Genossenschaft
1. EheRG	Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14.06.1976 (BGBl. I S. 1421), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 03.04.2009 (BGBl. I S. 700)
Einl.	Einleitung
EnLAG	Energieleitungsausbaugesetz vom 21.08.2009 (BGBl. I S. 2870), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 298)
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz vom 07.07.2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18.05.2021 (BGBl. I S. 1122)
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft (Zeitschrift)
ER	EnergieRecht (Zeitschrift)
ET	Energiewirtschaftliche Tagesfragen (Zeitschrift)
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUR	Euro
EurUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)

EUV	Vertrag über die europäische Union in der Fassung aufgrund des am 01.12.2009 in Kraft getretenen Vertrages von Lissabon (Konsolidierte Fassung bekanntgemacht im ABl. EG Nr. C 115 vom 09.05.2008, S. 13), zuletzt geändert durch die Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrages über die Europäische Union, des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. EU L 112/21 vom 24.04.2012) m.W.v. 01.07.2013
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende(r/s)
ff.	fortfolgende(r/s)
Fn.	Fußnote
Frankfurter Allgemeine Woche	Frankfurter Allgemeine Woche (Zeitschrift)
FS	Festschrift
FStrAbG	Fernstraßenausbaugesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20.01.2005 (BGBl. I S. 201), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3354)
FStrG	Bundesfernstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.06.2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31.05.2021 (BGBl. I S. 1221)
GAIA 1	GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society, Volume 1 (Zeitschrift)
GBl.	Gesetzblatt
gem.	gemäß
GenG	Genossenschaftsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.10.2006 (BGBl. I S. 2230), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 22.12.2020 (BGBl. I S. 3256)
GewArch	Das Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 u. 2 Satz 2 des Gesetzes vom 29.09.2020 (BGBl. I S. 2048)
GK-BImSchG	Gemeinschaftskommentar zum Bundes-Immissionschutzgesetz
GK-BNatSchG	Gemeinschaftskommentar zum Bundesnaturschutzgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4123-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt



	geändert durch Artikel 15 Abs. 23 des Gesetzes vom 04.05.2021 (BGBl. I S. 882)
GMBL.	Gemeinsames Ministerialblatt
GO, GemO	Gemeindeordnung
GO BW	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02.12.2020 (GBl. S. 1095)
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW. S. 916)
GO SH	Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 (GVObI. S. 57), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 07.09.2020 (GVObI. S. 514)
GVBl., GVObI.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.06.2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), zuletzt geändert durch Artikel 5 Abs. 3 des Gesetzes vom 09.03.2021 (BGBl. I S. 327)
Gz.	Geschäftszeichen
H	Anlagenhöhe
HGB	Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 7 Abs. 2 des Gesetzes vom 12.05.2021 (BGBl. I S. 990)
HGO	Hessische Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11.12.2020 (GVBl. S. 915)
HGrG	Haushaltsgrundsatzgesetz vom 19.08.1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14.08.2017 (BGBl. I S. 3122)
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HStR V/VI/VIII	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band V/Band VI/Band VIII
i.V.m.	in Verbindung mit
I+E	Zeitschrift für Immissionsschutzrecht und Emissionshandel – I+E (Zeitschrift)
IDW S1	Institut der Wirtschaftsprüfer Standard 1 vom 04.07.2016: Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen
IDW S10	Institut der Wirtschaftsprüfer Standard 10 vom 14.08.2013: Grundsätze zur Bewertung von Immobilien
IKEM	Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität e.V. (IKEM), Berlin

ImmoWertV	Immobilienwertermittlungsverordnung vom 19.05.2010 (BGBl. I S. 639), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 26.11.2019 (BGBl. I S. 1794)
IR	InfrastrukturRecht (Zeitschrift)
IzR	Informationen zur Raumentwicklung (Zeitschrift)
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JbUTR	Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
jurisPR-UmwR	juris PraxisReport Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	JuristenZeitung (Zeitschrift)
KAGB	Kapitelanlagegesetzbuch vom 04.07.2013 (BGBl. I S. 1981), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12.05.2021 (BGBl. I S. 1063)
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin, (Analysen und Argumente)
KG	Kommanditgesellschaft
KommJur	Kommunaljurist (Zeitschrift)
KSG-Entwurf	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes der Bundesregierung vom 14.05.2021
KSVG	Kommunaleselbstverwaltungsgesetz des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.06.1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 09.12.2020 (Amtsbl. I S. 1341)
kV	Kilovolt
KV M-V	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 13.07.2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.07.2019 (GVOBl. M-V S. 467)
KVG LSA	Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.03.2021 (GVBl. LSA S. 100)
lit.	littera
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland (Zeitschrift)
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
Ls.	Leitsatz
LT-Drs. NRW	Drucksache des Landtages von Nordrhein-Westfalen
LT Hess.-Drs.	Drucksache des Hessischen Landtages
LT MV-Drs.	Drucksache des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern
LVwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz für Baden-Württemberg in der Fassung vom 12.04.2005 (GBl. S. 350), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04.02.2021 (GBl. S. 181)
m	Meter
M-V	Mecklenburg-Vorpommern

m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MBI.	Ministerialblatt
MediationsG	Mediationsgesetz vom 21.07.2012 (BGBl. I S. 1577), zuletzt geändert durch Artikel 135 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474)
n.F.	neue Fassung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz vom 28.07.2011 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 298)
Nds.	Niedersachsen, niedersächsisch
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-Beil.	Beilage zu Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (Zeitschrift)
NJW-Spezial	Spezial zu Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28.04.2021 (Nds. GVBl. S. 240)
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NuL	Naturschutz und Landschaftsplanung, Zeitschrift für angewandte Ökologie (Zeitschrift)
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NV	Niedersächsische Verfassung vom 19.05.1993 (Nds. GVBl. S. 107), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10.12.2020 (Nds. GVBl. S. 464)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NVwZ-Beil.	Beilage zu Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Rechtsprechungsreport Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht (Zeitschrift)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PfZV	Planfeststellungszuweisungsverordnung vom 23.07. 2013 (BGBl. I S. 2582), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 13.05.2019 (BGBl. I S. 706)
PIVereinHG	Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren vom 31.05.2013 (BGBl. I S. 1388), zuletzt geändert durch Artikel 1b des Gesetzes vom 24.05.2014 (BGBl. I S. 538)

Prospekt-VO	Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.06.2017 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/71/EG (ABl. EU L 168, S. 12 vom 30.06.2017)
RaumPlanung	RaumPlanung, Fachzeitschrift für räumliche Planung und Forschung (Zeitschrift)
RdE	Recht der Energiewirtschaft (Zeitschrift)
RhPfGO	Gemeindeordnung des Landes Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17.12.2020 (GVBl. S. 728)
RhPfvfGH	Verfassungsgerichtshof des Landes Rheinland-Pfalz
Rn.	Randnummer
ROG	Raumordnungsgesetz vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 03.12.2020 (BGBl. I S. 2694)
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz, Seite
SächsAGImSchG	Sächsisches Ausführungsgesetz zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz vom 04.07.1994 (SächsGVBl. S. 1281), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11.05.2018 (SächsGVBl. S. 286)
SächsGO	Sächsische Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16.12.2020 (SächsGVBl. S. 722)
SächsV	Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27.05.1992 (SächsGVBl. S. 243), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11.07.2013 (SächsGVBl. S. 502)
SächsVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen
Slg.	Sammlung
sog.	so genanntes/so genannte/so genannter
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen, Berlin
StandAG	Standortauswahlgesetz vom 05.05.2017 (BGBl. I S. 1074), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 07.12.2020 (BGBl. I S. 2760)
StromNEV	Stromnetzentgeltverordnung vom 25.07.2005 (BGBl. I S. 2225), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 30.10.2020 (BGBl. I S. 2269)
SUP	Strategische Umweltprüfung
TA Lärm	Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz – Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm vom 26.08.1998 (GMBL. S. 503), in der geänderten Fassung vom 01.06.2017 (BAnz. AT 08.06.2017 B5)

TA Luft	Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz – Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft in der Fassung vom 24.07.2002 (GMBL S. 511)
ThürKO	Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.01.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.03.2021 (GVBl. S. 113)
u.a.	unter anderem, und andere
Umweltpsychologie	Umweltpsychologie (Zeitschrift)
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.08.2017 (BGBl. I S. 3290), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306)
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
USA	United States of America; Vereinigte Staaten von Amerika
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540)
UVwG-BW	Umweltverwaltungsgesetz des Landes Baden-Württemberg vom 25.11.2014 (GBl. S. 592), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 11.02.2020 (GBl. S. 37, 43)
v.	von/vom
Var.	Variante
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
VDI	Verein Deutscher Ingenieure e.V., Düsseldorf
VerfGHE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
VermAnlG	Vermögensanlagegesetz vom 06.12.2011 (BGBl. I S. 2481), zuletzt geändert durch Artikel 7 Abs. 32 des Gesetzes vom 12.05.2021 (BGBl. I S. 990)
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 15 Abs. 9 des Gesetzes vom 04.05.2021 (BGBl. I S. 882)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 15 Abs. 1 des Gesetzes vom 04.05.2021 (BGBl. I S. 882)
WD	Wissenschaftlicher Dienst

Windenergie-Erlass Bayern	Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern, für Bau und Verkehr, für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, für Umwelt und Verbraucherschutz, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Gesundheit und Pflege über die Hinweise zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen (WEA) (Windenergie-Erlass – BayWEE) vom 19.07.2016 (AllIMBl. S. 1642)
Windenergie-Erlass Niedersachsen	Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen an Land vom 24.02.2016 (Nds. MBl. S. 190)
Windenergie-Erlass Nordrhein-Westfalen	Erlass für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung (Windenergie-Erlass) vom 08.05.2018 (MBl. NRW. S. 258)
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung (Zeitschrift)
WpPG	Wertpapierprospektgesetz vom 22.06.2005 (BGBl. I S. 1698), zuletzt geändert durch Artikel 7 Abs. 33 des Gesetzes vom 12.05.2021 (BGBl. I S. 990)
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht (Zeitschrift)
ZfBR-Beil.	Beilage zu Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht (Zeitschrift)
ZFRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie (Zeitschrift)
ZfS	Zeitschrift für Soziologie (Zeitschrift)
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht (Zeitschrift)
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung (Zeitschrift)
Ziff.	Ziffer
ZNER	Zeitschrift für Neues Energierecht (Zeitschrift)
ZPO	Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.12.2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 04.05.2021 (BGBl. I S. 882)
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (Zeitschrift)
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht (Zeitschrift)
ZustVU NRW	Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2015 (GV. NRW. S. 268), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21.05.2019 (GV. NRW. S. 233)



Erster Teil:

## Thematische Hinführung

### § 1 Problemaufriss – oder: Die fortwährende Suche nach Akzeptanz

#### *I. Realisierung der Energiewende im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher und lokaler Akzeptanz*

Die Suche nach Akzeptanz gehört zu den „Essentialia des modernen Staates“.<sup>1</sup>

Dieser Ausspruch ist bereits mehr als 20 Jahre alt, hat aber bis zum heutigen Tag nichts an Aktualität verloren, im Gegenteil: im Rahmen der Energiewende erweist er sich als aktueller denn je.

Seit nunmehr acht Jahren verfolgt Deutschland einen verstärkten Wandel in der Energiepolitik. Unter dem Stichwort „Energiewende“<sup>2</sup> vollzieht sich eine energie- und klimapolitisch begründete Abkehr von fossilen Energieträgern hin zur Stromerzeugung aus regenerativen Energien.<sup>3</sup> Begleitet wird dieser Richtungswechsel insbesondere von einem sukzessiven Kohleausstieg, für welchen laut des Abschlussberichts der dafür eingesetzten Regierungskommission<sup>4</sup> das Ende des Jahres 2038 anvisiert wird.<sup>5</sup> Damit will die Bundesregierung einen entscheidenden Beitrag zur Einhaltung der national festgelegten sowie auf europäischer Ebene und durch das Pariser Klimaabkommen<sup>6</sup> auch inter-

---

<sup>1</sup> Begriffsprägend *Würtenberger*, Die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen, 1996, S. 54.

<sup>2</sup> Verstanden als Neuordnung der gesamten Energieversorgung, insbesondere in den Bereichen, Strom, Wärme und Verkehr, vgl. dazu *Gawel* u.a., ZUR 2014, 219 (219).

<sup>3</sup> *Kment*, WiVerw 2014, 49 (49); *Guckelberger*, in: *Kment* (Hrsg.), Netzausbau zugunsten erneuerbarer Energien, 2013, S. 59 (59); *Scheele*, IR 2012, 247 (247); *Moench/Ruttloff*, NVwZ 2011, 1040 (1040); *Grigoleit/Weisensee*, UPR 2011, 401 (401).

<sup>4</sup> Vgl. *BMWi* (Hrsg.), Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, Januar 2019, S. 109 f.

<sup>5</sup> *BMWi* (Hrsg.), Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, Januar 2019, S. 64.

<sup>6</sup> Vgl. dazu den deutschen Übereinkommenstext, abrufbar unter: [https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Klimaschutz/paris\\_abkommen\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf) (zuletzt abgerufen am 31.05.2021).



national vereinbarten Klimaschutzziele bis zum Jahr 2050 leisten. Einfachgesetzlich sind die Ausbauziele in § 1 Abs. 2 und Abs. 3 EEG 2021 explizit kodifiziert. Danach soll der Anteil des aus erneuerbaren Energien gewonnenen Stroms im Jahr 2030 mindestens 65 Prozent betragen sowie vor dem Jahr 2050 in Deutschland insgesamt eine Treibhausgasneutralität erreicht werden.<sup>7</sup>

Im Rahmen dieses Energietransformationsprozesses erweist sich die Windenergie als „gegenwärtige Hauptsäule“<sup>8</sup>, denn sie stellt derzeit den wesentlichsten regenerativen Energieträger – jedenfalls in Bezug auf die Stromerzeugung – dar und wird es auf absehbare Zeit auch bleiben.<sup>9</sup> Die Zahl an Onshore-Windenergieanlagen in Deutschland betrug Ende 2018 mehr als 29.000, welche eine kumulierte Gesamtleistung von über 52.000 Megawatt erzielten.<sup>10</sup> Damit dieser landseitig gewonnene Strom aber auch genutzt werden kann, muss er zum Endverbraucher transportiert werden.<sup>11</sup> Insofern zeitigt die Energiewende neben der Stromgewinnung aus erneuerbaren Energiequellen auch große Implikationen auf die Netzinfrastruktur in Deutschland.<sup>12</sup> Da die Stromerzeugung durch Windenergie primär in den nördlichen Bundesländern erfolgt, während sich die verbrauchsrelevanten Lastzentren vor allem auf den Süden und Südwesten konzentrieren,<sup>13</sup> ist ein forcierter Netzausbau in Nord-Süd-Richtung für das Gelingen der Energiewende insgesamt besonders bedeutsam.<sup>14</sup> Hierbei ist jedoch zu konstatieren, dass insbesondere die Trassierung der Übertragungsnetze lediglich langsam voranschreitet; von den notwendigen

---

<sup>7</sup> Durch den Gesetzesentwurf der Bundesregierung vom 14.05.2021 zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes wird eine Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 angestrebt, vgl. § 3 Abs. 2 KSG-Entwurf (BR-Drs. 411/21).

<sup>8</sup> Vgl. Köck, in: Hebel/Hofmann/Proelß/Reiff (Hrsg.), JbUTR 2017, 129 (130).

<sup>9</sup> Köck, in: Hebel/Hofmann/Proelß/Reiff (Hrsg.), JbUTR 2017, 129 (130); Maly/Meister/Schomerus, in: Holstenkamp/Radtke (Hrsg.), Handbuch Energiewende und Partizipation, 2018, S. 371 (371); ebenso Kment, WiVerw 2014, 49 (49).

<sup>10</sup> Vgl. Statistik von „Deutsche Windguard“, Status des Windenergieausbaus an Land, 2018, abrufbar unter: [https://www.windguard.de/jahr-2018.html?file=files/cto\\_layout/img/unternehmen/windenergiestatistik/2018/Download%20Grafiken%20Onshore%20%20Gesamtjahr%202018/Tabelle\\_1\\_Status%20des%20Windenergieausbaus\\_Onshore\\_2018.pdf](https://www.windguard.de/jahr-2018.html?file=files/cto_layout/img/unternehmen/windenergiestatistik/2018/Download%20Grafiken%20Onshore%20%20Gesamtjahr%202018/Tabelle_1_Status%20des%20Windenergieausbaus_Onshore_2018.pdf) (zuletzt abgerufen am 31.05.2021).

<sup>11</sup> Guckelberger, in: Kment (Hrsg.), Netzausbau zugunsten erneuerbarer Energien, 2013, S. 59 (59); Appel, UPR 2011, 406 (407); Fest, NVwZ 2013, 824 (824).

<sup>12</sup> Vgl. Köck, ZUR 2014, 131 (131); Fest, NVwZ 2013, 824 (824); Montag, KAS 2012, Ausgabe 103, 1 (1, 3); Guckelberger, in: Kment (Hrsg.), Netzausbau zugunsten erneuerbarer Energien, 2013, S. 59 (59); Moench/Ruttloff, NVwZ 2011, 1040 (1040); Appel, UPR 2011, 406 (407).

<sup>13</sup> Franzius, JuS 2018, 28 (32); Kment, Die Verwaltung 2014, 377 (392); Köck, ZUR 2014, 131 (131); Stracke, Öffentlichkeitsbeteiligung im Übertragungsnetzausbau, 2017, S. 41; Appel, UPR 2011, 406 (407).

<sup>14</sup> Grigoleit/Weisensee, UPR 2011, 401 (401); Guckelberger, in: Kment (Hrsg.), Netzausbau zugunsten erneuerbarer Energien, 2013, S. 59 (59); so auch Montag, KAS 2012, Ausgabe 103, 1 (3).

7700 Kilometern waren im dritten Quartal 2018 gerade einmal 950 Kilometer verwirklicht.<sup>15</sup> Insoweit wird der Netzausbau zum „Nadelöhr der Energiewende“<sup>16</sup>.

Damit die in § 1 Abs. 2 und Abs. 3 EEG 2021 statuierten Zielvorgaben auch eine tatsächliche Umsetzung in der Realität finden, ist eine wachsende Dezentralisierung der Energieversorgung unabdingbar.<sup>17</sup> Diese hat im dicht besiedelten Deutschland allerdings zur Folge, dass die Energieerzeugung immer stärker und näher an die Bevölkerung heranrückt und mithin für den Einzelnen deutlich wahrnehmbarer wird.<sup>18</sup> Verstärkt wird dieser Eindruck durch die in den letzten Jahren fortschreitende technische Entwicklung der regenerativen Energieformen, was sich insbesondere an den höhenmäßig weiter emporwachsenden Windenergieanlagen zeigt.<sup>19</sup> Die Anlagen des neuesten Typus erreichen inzwischen eine Gesamthöhe von mehr als 200 Metern<sup>20</sup> und erzeugen insoweit eine dominante Präsenz im Landschaftsbild.<sup>21</sup> Einen ähnlichen Raumnutzungskonflikt löst der für den mit der Energiewende notwendig einhergehenden Ausbau der Netzinfrastruktur in Form von Stromtrassen aus, denn auch er bewegt sich im Konfliktfeld zwischen privaten Interessen an einer uneingeschränkten Eigentumsnutzung, insbesondere im Sinne eines „Wohnumfeldschutz[es]“<sup>22</sup>, der Berücksichtigung landschaftlicher und touristischer Belange sowie dem Schutz der Gesundheit einerseits und den konfligierenden öffentlichen Inter-

---

<sup>15</sup> BMWi (Hrsg.), Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, Januar 2019, S. 21.

<sup>16</sup> Begriffsprägend *Kment*, Die Verwaltung 2014, 377 (378).

<sup>17</sup> *Grigoleit/Weisensee*, UPR 2011, 401 (401); *Appel*, UPR 2011, 406 (407); in diese Richtung auch *Zenke/Dessau*, KommJur 2013, 288 (288); *Althanns*, ZfBR-Beil. 2012, 36 (36); *Montag*, KAS 2012, Ausgabe 103, 1 (3).

<sup>18</sup> Vgl. *Agora Energiewende*, in: *Agora Energiewende* (2018), Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievorschläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie, S. 9 (12, 25); ebenso *Zoellner/Schweizer-Ries/Rau*, in: Müller (Hrsg.), 20 Jahre Recht der Erneuerbaren Energien, 2012, S. 91 (92); *Hildebrand/Rau/Schweizer-Ries*, IzR 2012, Heft 9/10, 491 (491); *Rau/Walter/Zoellner*, Umweltpsychologie 2011, Heft 2, 37 (38); *Walter/Krauter/Schwenzer*, ET 2011, Heft 3, 2 (2).

<sup>19</sup> *Kindler*, Zur Steuerungskraft der Raumordnungsplanung, 2018, S. 25.

<sup>20</sup> Vgl. BayLT-Drs. 17/2137, S. 1; *Albrecht/Zschiegner*, NVwZ 2015, 1093 (1095); *Agora Energiewende*, in: *Agora Energiewende* (2018), Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievorschläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie, S. 9 (12); *Köck*, in: Hebele/Hofmann/Proelß/Reiff (Hrsg.), JbUTR 2017, 129 (139).

<sup>21</sup> *Blum/Kühne/Kühnau*, NuL 2014, 243 (243); *Agora Energiewende*, in: *Agora Energiewende* (2018), Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievorschläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie, S. 9 (12); *Kindler*, Zur Steuerungskraft der Raumordnungsplanung, 2018, S. 25.

<sup>22</sup> Vgl. dazu *Köck*, ZUR 2014, 131 (131).

essen am allgemeinen Umwelt- und Klimaschutz andererseits.<sup>23</sup> Es ist daher kaum verwunderlich, dass diese interessensbasierte und teilweise auf entgegengesetzte Belange gestützte Gemengelage das örtliche Akzeptanzniveau derart beeinflusst, dass innerhalb der lokalen Bevölkerung Akzeptanzmängel verstärkt zu Tage treten.

Obgleich laut diverser Studien und Untersuchungen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Umgestaltung der Energieerzeugung befürwortet und die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende insofern großen Zuspruch erfährt,<sup>24</sup> erweist sich die konkrete Umsetzung insbesondere bei der Neuansiedlung von Windenergieanlagen oder Einrichtungen des Netzausbaus im eigenen Nahumfeld als bedeutend schwieriger.<sup>25</sup> Denn entgegen der grundsätzlichen Zustimmung formiert sich regelmäßig zugleich eine erhebliche, oftmals lokal begründete Ablehnungshaltung in Form von Widerstand und Bürgerprotesten gegen die Verwirklichung umweltrelevanter Vorhaben zur Erzeugung erneuerbarer Energien und zur (Weiter-)Leitung des regenerativ produzierten Stroms.<sup>26</sup> Diese Umsetzungsschwierigkeiten basieren zumeist auf fehlender Akzeptanz vor Ort, welche einerseits durch den sog. Nimby-Effekt (*not*

---

<sup>23</sup> Gurlit, JZ 2012, 833 (833); Köck, in: Hebler/Hofmann/Proelß/Reiff (Hrsg.), JbUTR 2017, 129 (131); vgl. ausführlich Schweizer-Ries/Rau/Zoellner, Abschlussbericht „Umweltpsychologische Untersuchung der Akzeptanz von Maßnahmen zur Netzintegration Erneuerbarer Energien in der Region Wahle-Mecklar“, 2010, S. 11 ff.; C.A.R.M.E.N. e.V., Akzeptanz für Erneuerbare Energien – Ein Leitfaden, 2014, S. 20 ff.

<sup>24</sup> Vgl. FA Windenergie an Land, Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie an Land – Herbst 2018, S. 5; Agora Energiewende, in: Agora Energiewende (2018), Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievorschläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie, S. 9 (11); AEE-Akzeptanzumfrage 2018, abrufbar unter: <https://www.unendlich-viel-energie.de/presse/pressemitteilungen/klares-bekanntnis-der-deutschen-bevoelkerung-zu-erneuerbaren-energien> (zuletzt abgerufen am 31.05.2021); Ott/Keil, ET 2017, Heft 9, 81 (83); Jahnke/Liebe/Dobers, ZfU 4/2015, 367 (367); Zoellner/Schweizer-Ries/Rau, in: Müller (Hrsg.), 20 Jahre Recht der Erneuerbaren Energien, 2012, S. 91 (91); Schweizer-Ries/Rau/Zoellner, Abschlussbericht „Umweltpsychologische Untersuchung der Akzeptanz von Maßnahmen zur Netzintegration Erneuerbarer Energien in der Region Wahle-Mecklar“, 2010, S. 8 f.

<sup>25</sup> Walter/Krauter/Schwenzer, ET 2011, Heft 3, 2 (2); Rau/Walter/Zoellner, Umweltpsychologie 2011, Heft 2, 37 (38); Jahnke/Liebe/Dobers, ZfU 4/2015, 367 (367); Kment, RdE 2015, 111 (111); Bovet/Lienhoop, ZNER 2015, 227 (227); vgl. auch Kindler, Zur Steuerungskraft der Raumordnungsplanung, 2018, S. 25; Ott/Keil, ET 2017, Heft 9, 81 (83).

<sup>26</sup> Agora Energiewende, in: Agora Energiewende (2018), Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievorschläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie, S. 9 (12); Kment, WiVerw 2014, 49 (49); Blum/Kühne/Kühnau, NuL 2014, 243 (243); C.A.R.M.E.N. e.V., Akzeptanz für Erneuerbare Energien – Ein Leitfaden, 2014, S. 7; Kruse/Legler, ZUR 2012, 348 (348); in diese Richtung auch Maly/Meister/Schomerus, in: Holstenkamp/Radtke (Hrsg.), Handbuch Energiewende und Partizipation, 2018, S. 371 (371); Guckelberger, in: Kment (Hrsg.), Netzausbau zugunsten erneuerbarer Energien, 2013, S. 59 (59 f.).

in my backyard)<sup>27</sup> sowie andererseits durch mangelnde Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit ausgelöst wird.<sup>28</sup> Dass diese Problematik nicht zu unterschätzen ist, zeigt der zahlenmäßige Anstieg der Bürgerinitiativen in Deutschland, welche sich gegen Windenergievorhaben positionieren; dieser hat mit über 1000 aktuell einen neuen Höchststand erreicht.<sup>29</sup>

Der erneute Auslöser für das im Umweltbereich wiederkehrende Phänomen von Akzeptanzdefiziten<sup>30</sup> und für die auch nicht an Brisanz verlierenden Akzeptanzdiskussionen in Bezug auf umweltrelevante Vorhaben waren die Auseinandersetzungen im Zuge des Bahnprojekts *Stuttgart 21*,<sup>31</sup> die dort exemplarisch für zahlreiche Infrastrukturprojekte bundesweite Bedeutung fanden.<sup>32</sup> In diesem Zusammenhang wurde eine effektivere und stärkere Einbindung und

---

<sup>27</sup> *Kment*, in: *Kment* (Hrsg.), *Unterirdische Nutzungen*, 2015, S. 137 (138); *Jahnke/Liebe/Dobers*, *ZfU* 4/2015, 367 (368); *Guckelberger*, in: *Kment* (Hrsg.), *Netzausbau zugunsten erneuerbarer Energien*, 2013, S. 59 (60); *Brettschneider*, in: *Brettschneider/Schuster* (Hrsg.), *Stuttgart 21 – Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, 2013, S. 319 (320); *Schnelle/Voigt*, *Energiewende und Bürgerbeteiligung: Öffentliche Akzeptanz von Infrastrukturprojekten am Beispiel der Thüringer Strombrücke*, 2012, S. 31; *Walter/Krauter/Schwenzer*, *ET* 2011, Heft 3, 2 (2); *Köck/Schlacke/Kohls*, *ZUR* 2011, 339 (339); *Böhm*, *NuR* 2011, 614 (616); siehe dazu auch bereits *Hill*, *DÖV* 1994, 279 (280, 282); *Brohm*, *DVBf.* 1990, 321 (321).

<sup>28</sup> *Kneuper/v. Kaler*, *IR* 2012, 250 (251); *Wegner/Sailer*, *ZNER* 2018, 497 (503); *Jahnke/Liebe/Dobers*, *ZfU* 4/2015, 367 (372); *C.A.R.M.E.N. e.V.*, *Akzeptanz für Erneuerbare Energien – Ein Leitfadens*, 2014, S. 8; *Blum/Kühne/Kühnau*, *NuL* 2014, 243 (244); *Scheele*, *IR* 2012, 247 (248); *Zoellner/Schweizer-Ries/Rau*, in: *Müller* (Hrsg.), *20 Jahre Recht der Erneuerbaren Energien*, 2012, S. 91 (98).

<sup>29</sup> Vgl. dazu *Ashelm*, *Frankfurter Allgemeine Woche*, 30/2019, S. 42 (42).

<sup>30</sup> Dies betraf insbesondere Müllverbrennungsanlagen, Deponien und Atomkraftwerke, vgl. dazu *Durner*, *ZUR* 2011, 354 (355); *Durinke/Durinke*, *KommJur* 2016, 241 (241); *Burgi/Durner*, *Modernisierung des Verwaltungsverfahrensrechts durch Stärkung des VwVfG*, 2012, S. 150 ff.; *Koop/Renkamp/Märker*, *NuL* 2014, 234 (234); *Haug*, *Die Verwaltung* 2014, 221 (221 f.); *Franzius*, *GewArch* 2012, 225 (225); *Gärditz*, *GewArch* 2011, 273 (273); *Württemberg*, *Die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen*, 1996, S. 30 f.; *Tettinger*, *NWVBf.* 1993, 284 (284); *Brohm*, *DVBf.* 1990, 321 (321); *Ronellenfisch*, *DÖV* 1989, 737 (739 ff.).

<sup>31</sup> Vgl. *Klinger*, *ZUR* 2012, 201 (201); *Knauff*, *DÖV* 2012, 1 (1); *Hien*, *UPR* 2012, 128 (130); *Groß*, *DÖV* 2011, 510 (510 f.); *Stüer/Buchsteiner*, *UPR* 2011, 335 (335 f.); *Böhm*, *NuR* 2011, 614 (614, 616 f.); *Schink*, *DVBf.* 2011, 1377 (1377); ausführlich dazu auch *Schönenbroicher*, *VBfBW* 2010, 466 (466 ff.).

<sup>32</sup> *Brettschneider*, in: *Brettschneider/Schuster* (Hrsg.), *Stuttgart 21 – Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, 2013, S. 319 (319); *Schink*, *DVBf.* 2011, 1377 (1378); *Schütte*, *ZUR* 2011, 169 (169); *Erbguth*, *DÖV* 2012, 821 (821); *Henneke*, *DVBf.* 2012, 1072 (1072); *Köck/Salzborn*, *ZUR* 2012, 203 (203).

Partizipation der Bevölkerung bei der Planung und Realisierung von Infrastrukturvorhaben gefordert.<sup>33</sup>

Diese „ubiquitäre[n] Forderungen“<sup>34</sup> verdeutlichen einen weiteren Reibungspunkt der Energiewende als gesamtdeutsche Herausforderung im Sinne einer „Herkulesaufgabe“<sup>35</sup>, welche ohne Akzeptanz, vor allem bei der lokalen Bevölkerung, nicht gelingen wird.<sup>36</sup> Denn „[w]er heute ohne oder an Bürgerinnen und Bürgern vorbeiplant, läuft Gefahr mit [dem Projekt] zu scheitern“<sup>37</sup> oder mit anderen Worten: „Ein Ausbau [der erneuerbaren Energien] gegen den Willen der Bevölkerung vor Ort ist nicht sachgerecht“<sup>38</sup>.

Ein zusätzlicher in diesem Zusammenhang nicht zu vernachlässigender Aspekt, der ebenfalls bedingt durch die mangelnde lokale Akzeptanz wesentlich zur schleppenden Umsetzung der Energiewende und des Netzausbaus beiträgt, ist die Tendenz zur Ausschöpfung sämtlicher Rechtsmittel gegen die Zulassungsentscheidung eines Projekts durch die betroffenen (Umwelt-)Akteure, was zu einer wesentlichen Verzögerung jeglicher umweltrelevanter Vorhaben führt.<sup>39</sup>

Folglich erweist sich die Errichtung und der Betrieb von umweltrelevanten Vorhaben, insbesondere auf dem Gebiet der Windenergie sowie des Ausbaus

---

<sup>33</sup> Vgl. dazu *Durner*, ZUR 2011, 354 (355); *Köck/Schlacke/Kohls*, ZUR 2011, 339 (339); *Fehling*, BLJ 2012, 92 (95); *Birk*, DVBl. 2012, 1000 (1000); *Wulfhorst*, DÖV 2011, 581 (581 f.); *Schwab*, UPR 2014, 281 (281); *Schink*, ZG 2011, 226 (237); *Franzius*, GewArch 2012, 225 (225); *Steinberg*, ZUR 2011, 340 (344); *Hertel/Munding*, NJW 2013, 2150 (2150); *Burgi/Durner*, Modernisierung des Verwaltungsverfahrenrechts durch Stärkung des VwVfG, 2012, S. 146; *Stüer/Buchsteiner*, UPR 2011, 335 (335); *Brettschneider*, in: *Brettschneider/Schuster* (Hrsg.), Stuttgart 21 – Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, 2013, S. 319 (321); *Koop/Renkamp/Märker*, NuL 2014, 234 (234).

<sup>34</sup> *Burgi/Durner*, Modernisierung des Verwaltungsverfahrenrechts durch Stärkung des VwVfG, 2012, S. 176.

<sup>35</sup> Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zur Energiepolitik vor dem Deutschen Bundestag am 09. Juni 2011 in Berlin, abrufbar unter: <https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-zur-energiepolitik-der-weg-zur-energie-der-zukunft-mitschrift--1008262> (zuletzt abgerufen am 31.05.2021).

<sup>36</sup> *Jahnke/Liebe/Dobers*, ZfU 4/2015, 367 (371); *Bringewat*, ZUR 2013, 82 (82); in diese Richtung auch *IKEM u.a.*, in: *Agora Energiewende* (2018), *Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievorschläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie*, S. 27 (29); ebenso *Appel*, NVwZ 2012, 1361 (1361).

<sup>37</sup> *Koop/Renkamp/Märker*, NuL 2014, 234 (234).

<sup>38</sup> Vgl. BayLT-Drs. 17/2137, S. 6.

<sup>39</sup> *Wegner/Sailer*, ZNER 2018, 497 (497); ähnlich auch *Wegner*, *Stiftung Umweltenergierecht, Verfassungsrechtliche Fragen ordnungsrechtlicher Teilhabemodelle*, März 2018, S. 2 f.; in diese Richtung auch *Stracke*, *Öffentlichkeitsbeteiligung im Übertragungsnetzausbau*, 2017, S. 368; *Zeccola*, DÖV 2019, 100 (101); allgemein zur Verfahrensverzögerung durch Bürgerproteste vgl. *Kindler*, *Zur Steuerungskraft der Raumordnungsplanung*, 2018, S. 33.

der Netzinfrastruktur, als ein besonders praxisrelevantes Anwendungsfeld für die Notwendigkeit einer Akzeptanzsteigerung innerhalb der (lokalen) Bevölkerung.

## II. Anstreben von Akzeptanzsteigerung als Lösungsmöglichkeit

Vor diesem Hintergrund wird die Akzeptanz (vor Ort) immer stärker zu einer entscheidenden Komponente in Bezug auf das Recht im Allgemeinen und die Zulassungsentscheidung für umweltrelevante Vorhaben im Besonderen.<sup>40</sup> Insofern löst sich die Frage nach Akzeptanz von ihrem soziologischen Ursprung<sup>41</sup> und entwickelt zunehmend rechtswissenschaftsspezifische Züge.<sup>42</sup> Da es stets (einzelne) Akteure geben wird, welche aufgrund ihrer tief verwurzelten Einstellungen dem umweltrelevanten Vorhaben beratungs- und überzeugungsresistent gegenüberstehen,<sup>43</sup> wird sich angesichts der auf (rechts-)psychologischen Indikatoren basierenden Wertentscheidungen und Wertkonflikte bzw. auf Grundlage individueller (emotionale) Betroffenheiten<sup>44</sup> eine *absolute*, das heißt vollumfängliche, Akzeptanz regelmäßig nicht erreichen lassen.<sup>45</sup> Zugleich steht jeder Akzeptanzansatz aber auch im Widerstreit mit materiellrechtlichen Ansprüchen der Vorhabenträger, so dass eine absolute Akzeptanz auch gar nicht anzustreben ist; vielmehr kommt es speziell bei umweltbezogenen Konflikten im Ergebnis lediglich auf eine *Steigerung* der Akzeptanz im Sinne eines Ausgleichs im beiderseitigen Interesse an.<sup>46</sup>

Die Erkenntnis, dass eine sichere und zukunftsfähige Infrastrukturentwicklung, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, zwangsläufig eine Verbesserung der Akzeptanz innerhalb der (lokalen) Bevölkerung voraussetzt, hat sich nach dem Widerstand rund um das Bahnprojekt *Stuttgart 21* auch im

---

<sup>40</sup> So auch *Zeccola*, DÖV 2019, 100 (100 f.); *Kindler*, Zur Steuerungskraft der Raumordnungsplanung, 2018, S. 26.

<sup>41</sup> Dazu insbesondere *Endruweit*, in: Endruweit/Trommsdorff (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, 1989, S. 9; *Lucke*, Akzeptanz – Legitimität in der „Abstimmungsgesellschaft“, 1995, S. 104.

<sup>42</sup> *Luhmann*, Legitimation durch Verfahren, 1983, S. 33; *Benda*, DÖV 1983, 305 (306); *Röken*, DÖV 1989, 54 (58); *Würtenberger*, Die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen, 1996, S. 61 f.; *Haug*, Die Verwaltung 2014, 221 (236); *Bovet/Lienhoop*, ZNER 2015, 227 (227 f.).

<sup>43</sup> *Schiffmann*, ET 2013, Heft 9, 93 (95); vgl. auch *Würtenberger*, Die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen, 1996, S. 163.

<sup>44</sup> *Schink*, DVBl. 2011, 1377 (1378); *Schiffmann*, ET 2013, Heft 9, 93 (95).

<sup>45</sup> Ebenso *Guckelberger*, in: Kment (Hrsg.), Netzausbau zugunsten erneuerbarer Energien, 2013, S. 59 (62); vgl. auch *Böhm*, NuR 2011, 614 (616, 619); *Hien*, DVBl. 2014, 495 (496); *Schink*, ZG 2011, 226 (229).

<sup>46</sup> Vgl. dazu die Ausführungen unter § 3 IV. 4. c).

rechtspolitischen Diskurs niedergeschlagen.<sup>47</sup> Dieser zielt primär auf eine Optimierung und Effektivierung verfahrensrechtlicher Elemente ab, wobei die Forderungen nach einer zeitlich frühen Beteiligung und Partizipation sowie einer besseren Information und Kommunikation verstärkt im Vordergrund stehen.<sup>48</sup> Darüber hinaus lässt sich bei der Planung und Zulassung von umweltrelevanten Vorhaben auch zunehmend beobachten, dass hinter den Akzeptanzdefiziten vor Ort häufig auch materiell- bzw. finanziell-basierte Konflikte stehen.<sup>49</sup> Insoweit sind sämtliche dieser Aspekte als Anknüpfungspunkte für eine Akzeptanzsteigerung besonders prädestiniert.

Als Antwort darauf hat der nationale Gesetzgeber den Akzeptanzgedanken in unterschiedlichen Gesetzesvorhaben verstärkt aufgegriffen. So dienen Akzeptanzerwägungen immer häufiger als Gesetzesbegründungen oder Gesetzes-

---

<sup>47</sup> Köck, in: Hebeler/Hofmann/Proelß/Reiff (Hrsg.), JbUTR 2017, 129 (134).

<sup>48</sup> Vgl. dazu ausführlich, insbesondere auch zu den unterbreiteten Optimierungsvorschlägen Ziekow, NVwZ 2013, 754 (754 ff.); Dolde, NVwZ 2013, 769 (770 ff.); Schmitz/Prell, NVwZ 2013, 745 (745 ff.); Hertel/Munding, NJW 2013, 2150 (2150 ff.); Lippert, ZUR 2013, 203 (210 f.); Stüer, DVBl. 2013, 700 (701 f.); Wiggers, NJW-Spezial 2013, 172 (172 f.); Seibert-Fohr, VerwArch 2013, 311 (313 ff.); Brettschneider, in: Brettschneider/Schuster (Hrsg.), Stuttgart 21 – Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, 2013, S. 319 (322 ff.); Gurlit, JZ 2012, 833 (839 f.); Bertrams, NWVBl. 2012, 289 (291 ff.); Burgi, NVwZ 2012, 277 (277 ff.); Schmitz, BauR 2012, 1457 (1457 ff.); Franzius, GewArch 2012, 225 (228); Ziekow, Neue Formen der Bürgerbeteiligung?, 2012, S. D 76 ff.; Krappel/v. Süßkind-Schwendi, UPR 2012, 255 (256 f.); Henneke, DVBl. 2012, 1072 (1073 ff.); Hertel/Munding, NJW 2012, 2622 (2622 ff.); Siender-Vorwachs, NVwZ 2012, 1061 (1061 ff.); Birk, DVBl. 2012, 1000 (1000 ff.); Saurer, DVBl. 2012, 1082 (1088 f.); Erbguth, DÖV 2012, 821 (822 ff.); Appel, NVwZ 2012, 1361 (1365 ff.); Prell, apf 2012, 321 (321 ff.); Schönenbroicher, VBIBW 2012, 445 (446 ff.); Uechtritz, AnwBl. 2012, 697 (698 ff.); Knauff, DÖV 2012, 1 (6 ff.); Fehling, BLJ 2012, 92 (95 ff.); Hien, UPR 2012, 128 (128 ff.); Köck/Salzborn, ZUR 2012, 203 (203 ff.); Schröer/Kullick, NZBau 2012, 490 (490 f.); Stüer/Buchsteiner, UPR 2011, 335 (336 ff.); Schink, ZG 2011, 226 (236 ff.); Steinberg, ZUR 2011, 340 (343 ff.); Durner, ZUR 2011, 354 (356 f., 359 f.); Schink, DVBl. 2011, 1377 (1378 ff.); Wulforth, DÖV 2011, 581 (581 ff., 587 ff.); Groß, DÖV 2011, 510 (512 ff.); Gärditz, GewArch 2011, 273 (274 ff.); Wittreck, ZG 2011, 209 (221 ff.); Böhm, NuR 2011, 614 (617 ff.).

<sup>49</sup> Kment, RdE 2015, 111 (111); Köck, in: Hebeler/Hofmann/Proelß/Reiff (Hrsg.), JbUTR 2017, 129 (134); Maly/Meister/Schomerus, in: Holstenkamp/Radtke (Hrsg.), Handbuch Energiewende und Partizipation, 2018, S. 371 (371); Wegner, Stiftung Umweltenergierecht, Verfassungsrechtliche Fragen ordnungsrechtlicher Teilhabemodelle, März 2018, S. 6 f.; IKEM u.a., in: Agora Energiewende (2018), Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievor schläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie, S. 27 (29); Kneuper/v. Kaler, IR 2012, 250 (251); Scheele, IR 2012, 247 (248); Blum/Kühne/Kühnau, NuL 2014, 243 (244); Jahnke/Liebe/Dobers, ZfU 4/2015, 367 (371).

zwecke, wie beispielsweise zum NABEG,<sup>50</sup> zum EnWG<sup>51</sup> oder zu § 25 Abs. 3 VwVfG.<sup>52</sup> Nicht zuletzt hat die Akzeptanz im Rahmen des § 10 Abs. 4 S. 2 StandAG a.F.<sup>53</sup> oder bei § 36g Abs. 7 EEG 2017<sup>54</sup> (nunmehr § 36g Abs. 5 EEG 2021)<sup>55</sup> auch Erwähnung im Gesetzestext selbst gefunden.

---

<sup>50</sup> BT-Drs. 17/6073, S. 25, 28, wonach Akzeptanz insbesondere durch die Regelungen zur Antragskonferenz erreicht werden soll.

<sup>51</sup> BT-Drs. 17/6072, S. 2, wonach die Erreichung größerer Akzeptanz für den Leitungsausbau ausdrückliches Ziel des Gesetzes ist.

<sup>52</sup> BT-Drs. 17/9666, S. 1, 15, 18 sowie BT-Drs. 17/12525, S. 1, wonach die Förderung der Akzeptanz von Genehmigungs- und Planfeststellungsentscheidungen ausdrückliches Ziel des Gesetzes ist.

<sup>53</sup> BGBl. I 2013, S. 2553 (2556).

<sup>54</sup> BGBl. I 2016, S. 2258 (2275); S. 3106 (3127).

<sup>55</sup> BGBl. I 2020, S. 1070 (1071).



## § 2 Ziel und Gang der Untersuchung

### I. Optimierung bestehender Akzeptanzansätze

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, unter Inbezugnahme von wesentlichen Akzeptanzparametern, zur Optimierung bestehender Akzeptanzansätze beizutragen, indem ein gesamtheitliches und verallgemeinerungsfähiges Regelungskonzept zur Akzeptanzsteigerung bei umweltrelevanten Vorhaben herausgearbeitet und entwickelt wird. Hierzu werden insbesondere akzeptanzabträgliche Einflüsse identifiziert und akzeptanzfördernde Faktoren<sup>1</sup> eruiert und analysiert.

Die Untersuchung stellt insoweit methodisch betrachtet auf eine Ausschöpfung rechtlicher Instrumentarien zur Verbesserung der Akzeptanz ab. Dabei wird das geltende (Verfahrens-)Recht dahingehend überprüft, an welchen konkreten Stellen es akzeptanzfördernder ausgestaltet und sinnvoller austariert werden kann. Im Mittelpunkt steht diesbezüglich eine partizipative Anreicherung der bestehenden Rechtslage sowohl in formeller als auch in materieller Hinsicht. Im Vergleich zu den zahlreichen Abhandlungen im Rahmen der rechtswissenschaftlichen Disziplin, deren Darstellungen und Vorschläge für eine Akzeptanzsteigerung oftmals nur einen dieser Aspekte herausgreifen,<sup>2</sup> setzt die vorliegende Untersuchung nicht nur punktuell an einem akzeptanzfördernden Kriterium bzw. Instrument an, sondern verfolgt eine breit gefächer-

---

<sup>1</sup> Vgl. zu den wesentlichen Einflussfaktoren auf die Akzeptanz insbesondere *Zoellner/Schweizer-Ries/Rau*, in: Müller (Hrsg.), 20 Jahre Recht der Erneuerbaren Energien, 2012, S. 91 (97 ff.); ebenso *Walter/Krauter/Schwenzer*, ET 2011, Heft 3, 2 (2 ff.); *C.A.R.M.E.N. e.V.*, Akzeptanz für Erneuerbare Energien – Ein Leitfaden, 2014, S. 20; *Schumann/Fischer/Hake*, ET 2013, Heft 7, 68 (70); *Hübner/Pohl*, Mehr Abstand – mehr Akzeptanz?, 2015, S. 20.

<sup>2</sup> Zu verfahrensrechtlichen Instrumenten, insbesondere zu Verbesserungsvorschlägen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung, vgl. exemplarisch *Ziekow*, Neue Formen der Bürgerbeteiligung?, 2012, S. D 76 ff.; *Wulfhorst*, DÖV 2011, 581 (586 ff.); *Erbguth*, DÖV 2012, 821 (822 ff.); *Schink*, DVBl. 2011, 1377 (1378 ff.); *Burgi/Durner*, Modernisierung des Verwaltungsverfahrensrechts durch Stärkung des VwVfG, 2012, S. 179 ff.; *Lühr*, Die Öffentlichkeitsbeteiligung als Instrument zur Steigerung der Akzeptanz von Großvorhaben, 2017, S. 39 ff.; *Stracke*, Öffentlichkeitsbeteiligung im Übertragungsnetzausbau, 2017, S. 353 ff.; vgl. auch *Zeccola*, DÖV 2019, 100 (106 f.), der Akzeptanz auch in Beziehung zur Öffentlichkeitsbeteiligung setzt.

Bezüglich materieller bzw. finanzieller Teilhabemodelle vgl. *Kment*, RdE 2015, 111 (112 ff.); *Maly/Meister/Schomerus*, in: Holstenkamp/Radtke (Hrsg.), Handbuch Energiewende und Partizipation, 2018, S. 371 (371 ff.); *Wegner*, Stiftung Umweltenergierecht, Verfassungsrechtliche Fragen ordnungsrechtlicher Teilhabemodelle, März 2018, S. 6 ff.; *IKEM u.a.*, in: Agora Energiewende (2018), Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievorschläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie, S. 27 (29 ff.); *Kneuper/v. Kaler*, IR 2012, 250 (251 ff.); *Scheele*, IR 2012, 247 (248 ff.); *Kruse/Legler*, ZUR 2012, 348 (349); *Althanns*, ZfBR-Beil. 2012, 36 (36 ff.).

# Sachregister

- absolute Verfahrensrechte 396 ff., 398 ff.
- Akzeptabilität 17, 30
- Akzeptanz 1 ff., 15 ff., 32 ff., 42 ff.
  - absolute 7, 34 f., 68
  - Defizit 5, 8, 30, 36, 356, 358
  - Ergebnisakzeptanz 36 ff., 181, 224, 312, 331, 391
  - kein Selbstzweck 41
  - rechtliche Zielsetzungen 25 ff.
  - rechtsdogmatische Verortung 22 ff.
  - Verfahrensakzeptanz 36 ff., 179, 224, 398 f.
- Akzeptanzparameter 34, 46, 60 ff., 173, 184 ff.
  - anlagenbezogene Charakteristika 75 ff.
  - Einbindung von Kommunen 82 ff.
  - Glaubwürdigkeit des Projekts 60 ff.
  - regionale Wertschöpfung 78 ff.
  - Standortwahl 62 ff.
  - stärkere Partizipation 64 ff.
- Akzeptanzskala 42 ff., 45 f., 180, 278, 286, 292, 301, 310
  - Konglomerat der Neutralität 44
  - Nicht-Akzeptanz 42, 44
- Akzeptanzsteigerung 7, 34 ff., 45 f.
  - kein Selbstzweck 175
  - optimierende Akzeptanz 34 ff., 38, 41
  - praktische Konkordanz 41, 175
  - Verfahrenszielbestimmung 41, 244, 260
- Akzeptanzsubjekte 92 ff.
  - betroffene Öffentlichkeit 92 ff.
  - Gemeinden 99 ff.
  - Kaufberechtigte 311 f.
  - Umweltvereinigungen 102 ff.
- Akzeptanzverständnis 15 ff.
  - allgemeiner Sprachgebrauch 15 f.
  - justiziell 32
  - novelliert juristisch-umweltbezogen 32 ff.
  - rechtspsychologisch 31 f.
  - rechtssoziologisch 27 ff.
  - soziologisch 16 ff.
  - Toleranz/Duldung 30, 32 f., 42 ff.
  - umweltpsychologisch 20 f.
- Alternativenprüfung 163 ff., 202 ff.
  - Intensivierung 163 ff.
  - Null-Variante 170 ff.
  - strategische Umweltprüfung 167, 172
  - Vernünftighkeitsmaßstab 167 ff., 202, 204
- Antragskonferenz 239 f., 281
- Bahnprojekt „Stuttgart 21“ 5, 7, 71, 107, 155
- Bedarferörterungsverfahren 136 ff., 195 ff.
- Bedarfsplanung 70
- Berufsfreiheit 41, 121, 306, 348 ff.
- betroffene Öffentlichkeit 132, 249 f., 265 ff.
- Betroffenheit 93 ff.
  - emotional 97 ff.
  - Popularbetroffenheit 99
  - räumlich 93 f., 99, 322 ff.
  - rechtlich 94 ff., 99 ff., 102 ff.
- Bevölkerung vor Ort 6, 45, 102
- Bioenergieort 79
- BüGembeteilG M-V 112 ff., 208, 305 ff., 313
- Bundesfachplanung 69 f., 131, 140 f., 165 ff., 232 ff.
- Bürgernetzgesellschaften 309
- Bürgerproteste 4, 25, 30, 52
- dienende Funktion 23, 395 ff.
- Drei-Phasen-Konzept 173 ff., 208 ff.
  - Anwendungsbereich 245 ff.
  - Bundesgesetz 222 ff.
  - einzelne Phasen 176 ff.
  - Erfüllung der Akzeptanzparameter 184 ff.
  - Fehlerfolgen 395 ff.
  - Gesetzesvorschlag 208 ff.
  - Gesetzesziele 241 ff.
  - Gesetzgebungskompetenz 223 ff.
  - Implementierung/Zulassungsebene 232 ff.
  - kombinierte Umsetzung 173 ff.
  - rechtliche Bewertung 208 ff.
  - Rechtsschutzmöglichkeiten 403 ff.
- Eigentumsfreiheit 41, 96, 101, 105, 160, 249 f., 335 ff., 365
- Energiefreileitungen 63, 91, 118
- Energiewende 1 ff., 226, 241 ff.

- Netzausbau 2 ff., 241 ff., 308 f., 338 f., 370
- Transformationsprozess 2
- Windenergie 2 ff.
- Erdkabel 76 f., 203
- erneuerbare Energien 2
- Ausbau/Forcierung 11 f., 24, 243, 338 f., 370
- Bioenergie 51
- Geothermie 51
- Photovoltaik 51
- Wasserkraft 51
- Windenergie 2 ff.
- Erneuerbare-Energien-Gesetz 2 f., 25, 116, 227 f.
- externer Projektinformationsmanager 178 ff., 189 ff., 286 ff., 401 f., 408
- Aufgabenspektrum 297 ff.
- Beauftragung 294 ff.
- geteilte Kostentragung 303 f.
- Hybrid-Stellung 291 f.
- Information 298 ff.
- integraler Bestandteil 289 ff.
- Kommunikation 298 ff.
- Tripelfunktion 291
- Unberührtheitsklausel 293 f.
- frühe Öffentlichkeitsbeteiligung 126 ff., 176 ff., 184 ff., 253 ff., 398 ff.
- § 2 UVwG-BW 135 f.
- § 25 Abs. 3 VwVfG 126 ff.
- absolutes Verfahrensrecht 398 ff.
- Adressaten 263 f.
- Bekanntmachung 267
- Dokumentationspflicht 275 ff.
- Durchführungspflicht 135 f., 258 ff.
- Gelegenheit zur Äußerung/Erörterung 133 f., 271 ff.
- Hinwirkungspflicht 128 f.
- keine Subsidiarität 281 f.
- Kostentragung 285
- Kreis der zu beteiligenden Personen 132, 265 ff.
- Kritik 254 ff.
- Mitteilung der Ergebnisse 134, 279
- modifizierter Anwendungsbereich 258
- Nachholung 284 f.
- Organisations- und Leitungsverantwortung 273 ff.
- Sanktionsfolge 135, 283 ff.
- Subsidiarität 130 f.
- Transferwirkung 279 ff.
- Unberührtheitsklausel 282
- Unterrichtung 132 f., 268 ff.
- vorläufiger Antrag 283 f.
- Zeitpunkt 131, 264 f.
- Gemeinden 82 ff., 99 ff., 108 ff., 364 ff.
- Akzeptanzsubjekt 99 ff.
- kommunaler Vorhabenträger 364 ff.
- Kommunalisierung 108 ff.
- Schlüsselrolle 12, 108, 333, 371, 378
- Selbstverwaltungsrecht 364 ff.
- stärkere Einbindung 82 ff., 193, 252, 308
- wirtschaftliche Betätigung 371 ff.
- Gesetzesvorschlag 208 ff.
- Gesetzesziele 241 ff.
- Gesetzgebungskompetenz 223 ff.
- Recht der Energiewirtschaft 223 ff.
- Gleichheitsgrundsatz 125, 352 ff.
- Hochspannungsfreileitung 245 f.
- Höchstspannungsleitungen 119, 239, 245 f.
- ideologische Kriterien 58 ff., 91
- Informationsasymmetrien 179, 287, 298
- Kapitalverkehrsfreiheit 362 ff.
- Klimaschutzziele 2, 339, 370
- Kommunalisierung 83 f., 108 ff., 206 f.
- Anlass und Ziel 108 f.
- Gestaltungsvarianten 109 ff.
- Konzessionsverträge 83, 108
- Rekommunalisierung 83, 108
- kommunalwirtschaftliche Betätigung 371 ff.
- Daseinsvorsorge 83, 108, 231 f., 366 ff.
- kommunaler Vorhabenträger 364 ff.
- Selbstverwaltungsrecht 364 ff.
- Konfliktfelder 47 ff.
- ideologische Kriterien 58 ff.
- ökologische Beeinträchtigung 50 f.
- ökonomische Aspekte 51 ff.
- verfahrensrechtliche Partizipationsdefizite 53 ff.
- vorhabenbezogene Störfaktoren 48 ff.
- Länderöffnungsklausel 116, 120, 228
- § 249 Abs. 3 BauGB 120 ff.
- § 36g Abs. 5 EEG 2021 116, 228
- modifizierte Wertschöpfungspartizipation 181 ff., 192 ff., 305 ff.
- Beteiligungsofferte 250 f., 320, 329 ff.
- Grundrechtskonformität 335 ff.
- Kaufberechtigte 311 f., 321 ff.
- Nebenbestimmung 183 f., 312 f., 391, 403, 405 f., 408
- Projektgesellschaft 313 ff.
- ultima ratio 182 f., 310 f.
- unionsrechtliche Vereinbarkeit 358 ff.
- Netzausbau 2 f., 224, 243, 308 f., 347, 354, 370
- Niederlassungsfreiheit 358 ff.
- Nimby-Effekt 4 f., 45, 47, 93, 158
- NOVA-Prinzip 61

- ökologische Beeinträchtigung 50 f.
- ökonomische Aspekte 51 ff.
- Partizipationsdefizite 53 ff.
- planfeststellungspflichtige Vorhaben 129, 135, 247 f.
- Plebiszite 155 ff., 205 f.
  - Finanzierung 161 ff.
  - projektbezogen 156 ff.
- Projektgesellschaft 113 f., 313 ff.
- Projektmanager 139 ff.
  - § 43g EnWG, § 29 NABEG 139 ff.
  - Kritik 287 f.
- Raumordnung 69 f., 165 ff., 237 f.
- Recht auf körperliche Unversehrtheit 96, 100, 347
- regionale Wertschöpfung 78 ff., 193 ff., 338
- Repowering 75, 203, 394
- Scoping 132, 239, 281, 391
- Siedlungsabstände 116 ff., 197 f.
  - TA Lärm 118, 322
  - Trennungsgrundsatz 117
- Sonderopfer 52, 78, 193, 242, 308, 312 f.
  - Gesetzesziel 242
- Umweltmediation 144 ff., 198 ff.
  - § 4b BauGB 146
  - allgemeine Grundzüge 145 ff.
  - faktische Bindung 151 f., 200
  - Konfliktmittlung 146 ff., 199 f.
- Umsetzung in Baden-Württemberg 153 ff.
- zeitliche Stufung 147
- Umweltrechtsbehelfsgesetz 103 ff., 396, 400 ff.
- Umweltvereinigungen 102 ff., 249 f., 265, 406
  - Akzeptanzsubjekt 102 ff.
  - Partizipationserzwingungsklage 106, 406
  - Verbandsklage 103 f., 406
- Umweltverträglichkeitsprüfung 245 ff.
- UVP-pflichtige Vorhaben 135, 247 f.
- VDI-Richtlinie 7000 275
- Verfahrensgerechtigkeit 58, 75, 85, 176, 179, 181
- Verteilungsgerechtigkeit 51, 78, 81, 85, 181, 193, 241 ff., 313, 321, 338
  - Gesetzesziel 242 f.
  - Kompensationsgedanke 80 ff.
- Vorhabenträger 251 ff.
- Windenergieanlage 245 f.
- Windenergie-Erlass 322
- wirtschaftliche Partizipation 111 ff.
  - BüGembeteilG M-V 112 ff.
  - finanzielle Beteiligung 115 f.
  - gesellschaftsrechtliche Beteiligung 112 ff.
  - Kritik 305 ff.
  - Länderöffnungsklausel: § 36g Abs. 5 EEG 2021 116
- 10 H-Regelung 122 ff., 197 f.